

Michael Pommer, Ida Metzger

Geld für Spitäler oder Klage? „Sind dazu bereit“

Neunmal Österreich. Auch in diesem Sommer tourt unsere Innenpolitik-Ressortleiterin Ida Metzger durch das Land, um alle Landeshauptleute zu interviewen.

Im zweiten Teil stellt Wiens Bürgermeister Michael Ludwig der Bundesregierung die Rute ins Fenster: Wenn es weniger finanzielle Mittel für das Gesundheitswesen gibt, bringt er Verfassungsklage ein.

Artikel teilen

Die Beziehung zwischen Wiens Bürgermeister Michael Ludwig und dem Bund ist bekanntlich nicht die beste. So richtet er nun auch scharfe Worte in Richtung Regierung wegen der Verhandlungen für die Finanzierung des Gesundheitssystems. Seinem neuen SPÖ-Chef Andreas Babler rät er, nicht zu viele Koalitionsvarianten auszuschließen.

„Krone“: Herr Bürgermeister, bei einer 32-Stunden-Woche könnten Sie theoretisch nach diesem Interview (es fand am Mittwoch statt) ins Wochenende gehen, oder wären es bereits Überstunden? Michael Ludwig: Für einen Bürgermeister gibt es keine Zeitbeschränkung.

Nach Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner stellt sich im zweiten Teil der „Krone“-Serie Michael Ludwig den Fragen.

Womit wir beim Thema sind. Soll es 32-Stunden für alle Berufsgruppen geben oder nur für ausgewählte?

Ich bin ein großer Fan der Sozialpartnerschaft. Die Sozialpartner wissen am besten, in welchen Branchen zu welchem Zeitpunkt welche Veränderungen möglich sind. Niemand geht davon aus, dass 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich in der nächsten Woche kommen. Dass man sich aber Ziele setzt, die mittelfristig und langfristig erreichbar sein sollen, scheint mir sinnvoll.

Eine 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fordert die Ärztekammer. Ist das ein praktikables Modell?

Die Ärztekammer hat ein sehr umfassendes Paket auf den Tisch gelegt. Nicht einmal die Mitglieder der Ärztekammer nehmen das so wahr, dass das unmittelbar umgesetzt werden soll.

Den Bundesländern vorzuwerfen, sie wollen nur Spielgeld, ist zynisch. Denn es geht nicht um Spielgeld, sondern um die finanzielle Ausstattung der Spitäler und Pflegeeinrichtungen.

Michael Ludwig

Womit wir bei der Gesundheitsmisere sind. Gesundheitsminister Rauch schießt gegen die Länder. Er fordert Reformen ein, denn ohne Reformen kostet das Gesundheitssystem sieben Milliarden mehr bis 2030. Droht jetzt ein Streit Bund gegen Länder?

In Wien haben wir eine ganze Reihe von Reformschritten schon umgesetzt. Dazu kommt: Der Bund hat Maßnahmen gesetzt, die die Einnahmen in den Ländern und Gemeinden stark reduzieren. Etwa die Steuerreform oder auch die Abschaffung der kalten Progression. Das bedeutet Milliarden weniger für Länder und Gemeinden. Wir tragen jetzt die Konsequenzen, und wir drängen darauf, dass das auch finanziell abgegolten wird. Außerdem schenkt uns der Bund nicht Geld, sondern das ist die Verteilung von gemeinsamen Steuereinnahmen. Das sind Ansprüche, die wir zu Recht stellen. Wenn das nicht in einem deutlich anderen Ausmaß geschieht, gefährdet es den Stabilitätspakt in Österreich zwischen Bund und Ländern. Das würde bedeuten, dass wir weitere Schritte überlegen werden - auch eine Verfassungsklage. Denn die Bundesverfassung sieht vor, dass die Gebietskörperschaften in einem entsprechenden finanziellen Ausmaß ausgestattet sein müssen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Das bedeutet: Geld oder Klage ...

Ja. In letzter Konsequenz sind wir dazu bereit. Denn es geht darum, die Leistungen für die Bevölkerung aufrechtzuerhalten und auszubauen. Neben der Gesundheit etwa auch in der Pflege, der Elementarpädagogik, der Mobilität und dem Klimaschutz.

Sie sprechen von einem legitimen Anspruch, der den Ländern zusteht. Gesundheitsminister Johannes Rauch spricht von Spielgeld für die Länder. Er meint, er spreche wie ein Irrer auf die Landeshauptleute ein, aber er stoße auf taube Ohren ... Ich hab nicht den Eindruck, dass er ein Irrer ist, sondern sehr vernünftig argumentiert. Jedoch ist das eine zynische Einschätzung, wenn man uns vorwirft, dass wir Spielgeld wollen. Denn es geht hier nicht um Spielgeld, es geht um die finanzielle Ausstattung von Spitälern und Pflegeeinrichtungen. Es geht darum, dass wir die Aufgaben erfüllen, die sich die Bevölkerung von uns erwartet.

Michael Ludwig gibt Andreas Babler den Rat, sich bei den Koalitionsvarianten die Tür mit der ÖVP offen zu halten.

Kommen wir zur SPÖ. Vermissen Sie eigentlich schon Pamela Rendi-Wagner?

Ich bin mit ihr in laufendem Kontakt. Ich schätze ihre Expertise und Kompetenz. Wie mit ihr umgegangen worden ist, schätze ich nicht sehr. Ich glaube, sie ist unter ihrem Wert geschlagen worden. Aber ich glaube, sie hat für sich selbst ein neues Kapitel aufgeschlagen.

Und Sie sind der Meinung, dass Andreas Babler Kanzlerqualitäten hat?

Ja, ich gehe davon aus, dass er im politischen Wettbewerb zeigen kann, wofür er als Person und die Sozialdemokratie steht.

Also er kann Kanzler.

Ich bin überzeugt, wenn sich diese Frage stellt, dass er diese Funktion ausüben kann. Da muss man nur die kleine Hürde noch überwinden, die Nationalratswahl gut abzuschließen. Da ist eine Voraussetzung, dass wir geschlossen auch nach außen auftreten.

Wiens Bürgermeister war ein Unterstützer der Ex-SPÖ-Vorsitzenden Pamela Rendi-Wagner. Zwar setzte er sich mit seiner Favoritin bei der SPÖ-Mitgliederbefragung nicht durch, aber mit den Stimmen der Wiener Delegierten verhinderte Ludwig, dass Hans Peter Doskozil die Stichwahl gegen Andreas Babler gewinnt. In Wien steht der Bürgermeister oft wegen der Misere in den Wiener Spitälern in der Kritik.

Da gibt es die Hürde der Koalitionsverhandlungen. Babler zementiert sich ziemlich ein, weil er sagt, auch mit dieser ÖVP gibt es keine Koalition. Eine Ampelkoalition wird auch schwierig, weil die NEOS vermögensbezogene Steuern ablehnen. Wie soll sich das dann ausgehen, dass Babler Kanzler wird?

Wir sollten uns an den Beschlüssen orientieren. Das bedeutet, keine Koalition mit der FPÖ. Leider zeigt die FPÖ tagtäglich, dass das auch gerechtfertigt ist, dass es hier keine Koalition geben kann. Andere mögliche Varianten würde ich jetzt nicht ausschließen. Wenn man sich die Fluktuation auch in der ÖVP anschaut in den letzten Jahren, dann ist das ja relativ unsicher, wer dann an der Spitze steht. Daher sollte man da keine zwingenden Festlegungen vornehmen. Wenn man sich die letzten Wahlen anschaut, mit welchen Nebengeräuschen im Vorfeld zwischen ÖVP und FPÖ argumentiert worden ist und wie schnell dann Koalitionen geschlossen worden sind, zieht man ja fast den Schluss: Je mehr ÖVP und FPÖ sich duellieren, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese beiden Parteien eine Koalition eingehen. Das sollte man aber verhindern.

Teilen Sie die Meinung von Werner Kogler, dass die ÖVP präfaschistoid ist?

Das ist schon ein sehr, sehr harter verbaler Schlagabtausch innerhalb der Bundesregierung. Das würde ich in dieser Schärfe so nicht formulieren.

Alexander Van der Bellen hat sich in seiner Rede bei den Bregenzer Festspielen die aktuelle Politik vorgeknöpft. Er warnt vor Begrifflichkeiten wie „Normaldenker“, „Unsere Leut“ und „Volkskanzler“. Sie seien brandgefährlich und spalteten die Gesellschaft.

„Unsere Leut“ sehe ich nicht als einen spaltenden Begriff. Es definiert die Zielgruppen, die angesprochen werden sollen. Ein Großteil der Bevölkerung ist damit gemeint, mit Ausnahme jener, die sich ausschließlich aufgrund ihrer Vermögenssituation, ihrer wirtschaftlichen Situation definieren. Aber ich gebe Alexander Van der Bellen recht, dass die Art und Weise, wie Politiker derzeit in Österreich miteinander umgehen, nicht gerade von großem Respekt getragen ist.

Letzte Frage: Die Bierpartei liegt bei den Umfragen ungefähr dort, wo auch die NEOS rangieren. Könnten Sie sich eine Koalition mit der Bierpartei vorstellen, nach der nächsten Landtagswahl?

Also wir sind mit den NEOS in einer sehr gut funktionierenden Koalition, und ich denke da nicht an Alternativen.

Ida Metzger